



Liese Kurrier

Südwestfalen in Europa - Europa in Südwestfalen

Fast ganz Südwestfalen wird Leader-Region

Sensationelle Erfolgsquote für die Kommunen in unserer Heimat

„Dies ist eine sensationelle Erfolgsquote für unsere Heimat“, kommentierte Peter Liese die Entscheidung über die neuen Leader-Regionen. Leader ist ein Programm der Europäischen Union zur ländlichen Entwicklung. Mit europäischen Mitteln werden kleine Projekte, vor allem in den Dörfern gefördert. Die Auswahl erfolgt durch Gremien vor Ort, die mehrheitlich mit ehrenamtlichen Mitarbeitern besetzt werden müssen.

„In den beiden bestehenden Leader Regionen „Hochsauerland“ (Kommunen: Brilon, Hallenberg, Marsberg, Medebach, Olsberg, Winterberg) und „4 mitten im Sauerland“ (Kommunen: Bestwig, Eslohe, Meschede, Schmallenberg) habe ich gesehen, wie toll das ehrenamtliche Engagement und die EU-Mittel unsere Region voranbringen. Daher habe ich mich im Europäischen Parlament für eine deutliche

Aufstockung der Mittel eingesetzt. Nach einem Beschluss des Europäischen Parlaments müssen in Zukunft fünf Prozent der Mittel für die sogenannte ländliche Entwicklung (Säule II) in Leader investiert werden.“, so Liese.

28 Millionen Euro

(für Südwestfalen)

Das hat auch in Nordrhein-Westfalen zu einer deutlichen Erhöhung der Mittel geführt. Statt bisher 12 Leader-Regionen gibt es jetzt 28, davon 11 in Südwestfalen. Dies bedeutet für Südwestfalen, dass sich die finanziellen Mittel von 2,7 Millionen Euro für die bisherigen zwei Regionen, auf rund **28 Millionen** Euro bis 2020 für die nun elf ausgewählten LEADER-Regionen erhöhen.



Liebe Leserinnen und Leser,

ein Jahr nach der Europawahl - wo stehen wir? Es sind stürmische Zeiten, soviel ist klar. Griechenland, Ukraine, Flüchtlinge, TTIP - das sind nur einige der großen Baustellen. Aber mit der EU-Kommission unter Jean-Claude Juncker und der Bundesregierung unter Angela Merkel befinden wir uns auf einem guten Weg. Vor allem die EU-Kommission hat erkannt, was wichtig ist, nämlich „groß bei den großen Dingen, klein bei den kleinen“ zu sein. So hat es Jean-Claude Juncker letztes Jahr angekündigt, so setzen wir es im EU-Parlament nun um. Europa soll sich nicht mehr kümmern, sondern besser werden!

Um stets über die neuesten Entwicklungen in Europa und Südwestfalen auf dem Laufenden zu bleiben, besuchen Sie meine Homepage www.peter-liese.de oder meine Facebook-Seite www.facebook.com/peter.liese. Natürlich biete ich Ihnen nach wie vor monatlich meinen Newsletter per E-Mail an (Kontaktdaten siehe Rückseite). Selbstverständlich stehen meine Mitarbeiter und ich Ihnen für Fragen und Anregungen gerne zur Verfügung.

Viel Spaß bei der Lektüre wünscht Ihnen

Ihr

Peter Liese



LEADER-Regionen
NRW-Programm Ländlicher Raum 2014 - 2020

Regierungsbezirk Arnsberg	Städte und Gemeinden:
Region:	Attendorn, Drolshagen, Olpe, Wenden
BiggeLand – Echt.Zukunft	Ense, Fröndenberg, Welver, Werl, Wickede (Ruhr)
Börde trifft Ruhr	Brilon, Hallenberg, Marsberg, Medebach, Olsberg, Winterberg
Hochsauerland	Arnsberg, Balve, Neuenrade, Sundern
LEADER sein! Bürgerregion am Sorpesee	Altena, Finnentrop, Iserlohn, Nachrodt-Wiblingwerde, Plettenberg, Werdohl
LenneSchiene	Bad Sassendorf, Delbrück, Lippetal, Lippstadt, Möhnesee, Soest, Wadersloh
Lippe - Möhnesee	Halver, Kierspe, Meinerzhagen, Schalksmühle
Oben an der Volme	Bad Berleburg, Bad Laasphe, Erndtebrück
Wittgenstein	Burbach, Neunkirchen, Wilnsdorf
3-Länder Eck	Bestwig, Eslohe, Meschede, Schmallenberg
4 mitten im Sauerland	Anröchte, Erwitte, Geseke, Rützen, Warstein
5verBund	



Peter Liese, hier mit dem Regionalmanager der Region „4 im Sauerland“ Stefan Pletziger vor einem Leader Projekt in Meschede, ist hoch erfreut, dass unsere Region so erfolgreich bei dem mit EU-Mitteln finanzierten Leader-Programm ist. So können 48 von 59 Kommunen Leader-Projekte einreichen.



Christdemokraten im Europäischen Parlament machen Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen zur Priorität

Reserveantibiotika in der Tierzucht verbieten / Auch Humanmedizin muss Verantwortung übernehmen

25.000 (So viele Menschen sterben jährlich EU-weit jährlich, weil sie sie durch Keime erkranken, gegen die kein herkömmliches Antibiotikum mehr wirkt.)

Quelle: Europäisches Zentrum für Seuchenbekämpfung (ECDC)

Laut Experten hat sich in manchen Bereichen hat sich die Zahl der Antibiotika-Resistenzen innerhalb weniger Jahren fast verdoppelt. Es droht die Gefahr, dass Antibiotika insgesamt nicht mehr wirken. Die Weltgesundheitsorganisation WHO spricht bereits von der Gefahr einer Post-Antibiotika-Ära. Auch wenn die Ursachen vornehmlich in mangelnder Hygiene und

nicht sachgerechter Anwendung in der Humanmedizin liegen, müssen auch Landwirtschaft und Veterinärmedizin, vorallem in der Geflügel- und Schweinezucht, in die Verantwortung genommen werden, da sich diese Resistenzen durch die Ernährung auch auf den Menschen übertragen. Durch ein Maßnahmenpaket, das momentan im Europäischen Parlament diskutiert wird, soll die Verbreitung von Resistenzen eingedämmt werden. Reserveantibiotika, die beim Menschen eingesetzt werden, wenn herkömmliche Antibiotika nicht mehr wirken, sollen in der Tierzucht verboten oder auf spezielle Anwendungsbereiche beschränkt werden. Außerdem

sollen für Unternehmen neue Anreize gesetzt werden, innovative Antibiotika für die Veterinärmedizin zu entwickeln. „Ich glaube, dass wir strengere Regeln und bessere Anreize zur Entwicklung neuer Medikamente auch in der Humanmedizin brauchen. Man darf das Problem nicht allein den Landwirten in die Schuhe schieben. Falsche Anwendung gibt es auch in der Humanmedizin. Ein wichtiges Element könnte die Überarbeitung des Beipackzettels sein. Leider ist dieser für die meisten Patienten unverständlich und es fehlen deutliche Hinweise, auch bezüglich der Einnahme von Antibiotika.

Peter Liese:

„Im Gegensatz zu vielen anderen Themen wird hier keine Gefahr aufgebauscht oder überschätzt, sondern eindeutig unterschätzt. Jetzt müssen wir zügig handeln“

Diesem wichtigen Thema galt auch eine Diskussionsrunde in Iserlohn u.a. mit Dr. Maria Flachsbarth, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeslandwirtschaftsministerium, Dr. Rudolf Henke, MdB, Dr. Theo Windhorst, Präsident der Ärztekammer Westfalen-Lippe und einem Vertreter der Interessengemeinschaft.



EU-Strategie gegen Alkoholmissbrauch verabschiedet

Missbrauch bekämpfen aber keine Verbote oder großflächige Warnhinweise

Die EU will Alkoholmissbrauch in Europa besser bekämpfen. Von den Diskussionen betroffen sind auch die südwestfälischen Brauereien wie z.B. VELTINS, Warsteiner oder Krombacher.

Nach wie vor gibt es europaweit zu viele Verkehrstote und Neugeborene mit erheblichen Behinderungen, die zweifelsfrei auf den Alkoholkonsum in der Schwangerschaft zurückzuführen sind. Eine europaweite Strategie und ein besserer Austausch können hier helfen. Aber: Moderater Alkoholkonsum kann durchaus mit einer gesunden Lebensweise in Einklang stehen. „Es gibt wissenschaftliche Studien darüber, dass der Genuss von einem Glas Bier oder Wein

pro Tag bei gesunden Menschen das Leben durchaus verlängern kann. Wichtig ist der bewusste Umgang“, so Peter Liese. Das ist der Unterschied zum Rauchen: Die erste Zigarette ist genauso schädlich wie die zehnte. Aber ein Glas Bier ist für gesunde Menschen nicht schädlich. „Daher lehne ich auch großflächige Warnhinweise oder gar Verbote für alkoholische Getränke ab. Die EU darf den Menschen nicht den Ein-

druck vermitteln, dass sie alles vermisst, was Spaß macht“, so der EU-Abgeordnete.

Liese begrüßt deshalb, dass ein Mindestalter von 18 Jahren für den Verkauf und Verzehr aller alkoholischen Getränke vom Tisch ist. „Das geht die EU nichts an und ich bin davon überzeugt, dass sich die deutsche Regelung bewährt hat, wonach man Bier und Wein ab 16 trinken darf, und Schnaps ab 18 Jahren“, betonte Liese.



Peter Liese zusammen mit seiner Kollegin Renate Sommer, dem Geschäftsführer Peter Himmelsbach und dem Hauptgeschäftsführer vom deutschen Brauer-Bund Holger Eichele bei einem Besuch bei der Brauerei Warsteiner.



Wichtige Weichenstellungen in Brüssel: Industrie und Handwerk profitieren von kluger EU-Klima- und Energiepolitik

Bessere Zusammenarbeit für mehr Unabhängigkeit von Russland und den arabischen Lieferländern

1 Mrd. Euro täglich
(für Energieimporte)

„Dieses Geld ist in der heimischen Industrie und bei den Handwerkern, die innovative Lösungen zum Beispiel im Bereich der Energieeffizienz anbieten, besser aufgehoben. Das ist nun Schwerpunkt der neuen Energieunion“, so Peter Liese.

Die zweite wichtige Entscheidung betrifft die Stärkung des EU-Emissionshandels. Seit drei Jahren liegt der Preis für die Verschmutzungsrechte im Rahmen des wichtigsten Klimaschutzinstrumentes bei unter zehn Euro, kalkuliert waren dreißig. So lohnen sich Investitionen in klimafreundliche Technologien nicht und der Anteil der Braunkohleverstromung hat deutlich zugenommen. Ein sogenannter Marktstabilitätsmechanismus (MSR) soll helfen. Wenn zu viele Zertifikate auf dem Markt sind, wird ein Teil in eine Reserve gestellt. Bei zu großer Knappheit werden sie dem Markt wieder zugeführt, um den Preisan-

stieg zu dämpfen. Starten wird der MSR 2019.

Das ist gut für Deutschland, denn so geht die Energiewende voran und alte Kohlekraftwerke werden unrentabel.

Auswirkungen des niedrigen Preises - Schutz der Industrie

Deutschland hat sich verpflichtet, 100 Prozent der Einnahmen aus dem Emissionshandel in klimafreundliche Technologien zu investieren. So gab es beispielsweise ein Programm zur Umrüstung von ineffizienter Straßenbeleuchtung auf



LED. Dadurch profitieren Kommunen und die Lichtindustrie in Südwestfalen. Da der Preis aber so niedrig war, gab es nicht genügend Geld, um dieses Programm zu finanzieren

Gleichzeitig wird die energieintensive Industrie, die auf dem neuesten Stand der Technik produziert, weiterhin nicht vom Emissionshandel belastet. Dafür haben die Christdemokraten im EU-Parlament gekämpft.

Peter Liese:

„Es wäre schlecht für die Arbeitsplätze in Südwestfalen und würde dem Klimaschutz nicht helfen, wenn wir durch erhöhte Auflagen die Industrie aus dem Land vertreiben“

Firmen wie der südwestfälische Leuchtenhersteller Trilux, der u.a. Straßenbeleuchtung entwickelt, profitieren vom Emissionshandel

Fast 500.000 Euro für Fahrzeugleichtbau

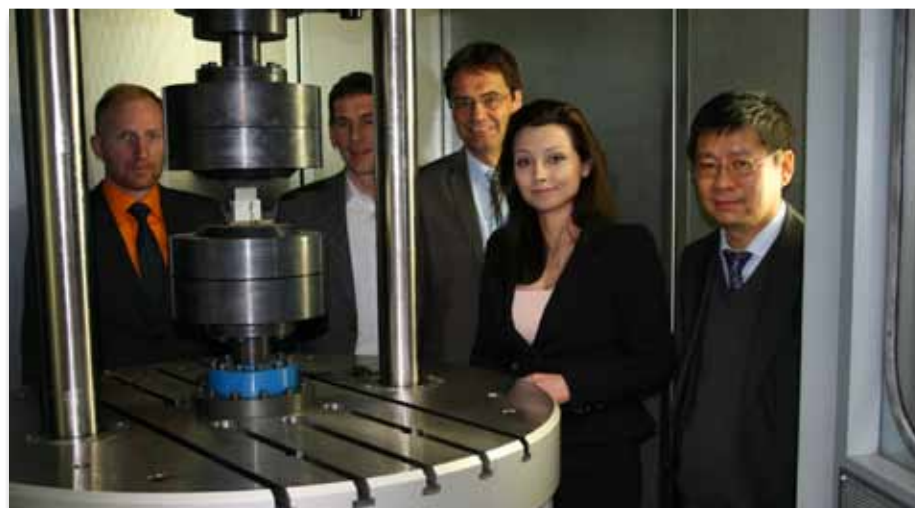
Peter Liese informiert sich an der Uni Siegen über Einsatz von EU-Fördermitteln

Die Uni Siegen profitiert in erheblichem Maße von EU-Fördermitteln- insbesondere von den sogenannten EFRE oder Ziel-2-Mitteln für wirtschaftliche Innovationen. Gemeinsam mit mittelständischen Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen verfolgt Prof. Dr.-Ing. Xiangfan Fang mit seinem Lehrstuhl das Ziel, Autos leichter und damit sparsamer zu machen, eine wichtige Voraussetzung auch für Fortschritte in der Elektromobilität. Gelingen soll dies mithilfe eines verbesserten Karosserieaufbaus aus einer sicheren Aluminium- und Stahlverbindung, wie Peter Liese bei seinem Besuch erfuhr.

Die CDU hat sich im Landtag und im Europäischen Parlament erfolgreich dafür eingesetzt, dass EU-Fördermittel im Bereich Wirtschaft und Innovation nicht mehr nur im Ruhrgebiet sondern auch in Südwestfalen verwendet werden können. „Vor 2007 hätte die Uni Siegen sich nicht an einem solchen Projekt beteiligen können, obwohl hier offensichtlich die besten

Experten arbeiten. Wenn wir nur nach Regionalproporz fördern, werden die besten Ideen nicht umgesetzt und wir können uns schwieriger auf dem Weltmarkt behaupten“, so Liese.

Über 3,17 Mio. Euro
(so viel hat die Uni Siegen in den letzten Jahren an EU-Fördermitteln erhalten)



v.l. Dipl.-Ing. Tobias Kloska, Jens Kamieth MdL, Peter Liese MdEP, Dipl.-Wirt.-Ing. Ekaterina Azim und Professor Dr.-Ing. Xiangfan Fang



Ukraine und Flüchtlinge - Interview mit Peter Liese



Herr Liese, ein Jahr ist die Europawahl nun her - wie haben Sie das letzte Jahr erlebt?

Zunächst mal ist die Arbeit im Europäischen Parlament erfreulicherweise wieder richtig angelaufen. Wir haben bereits wichtige Entscheidungen getroffen, Stichwort CO₂-Emissionshandel oder auch der Kampf gegen Antibiotika-Resistenzen, um nur einige Punkte aus meinen Bereichen zu nennen. Die inzwischen nicht mehr ganz neue EU-Kommission agiert deutlich politischer als früher und kümmert sich um die wichtigen Dinge. Europa muss nicht alles regeln, man muss aber sagen, wir befinden uns in stürmischen Zeiten. Siehe die Ukraine, die Flüchtlingsproblematik, das Freihandelsabkommen mit den USA oder auch die PKW-Maut.

Sie sprechen die schwierigen Themen an: Was sagen Sie dazu, dass die EU-Kommission nun ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet hat?

Das war zu erwarten. Die Bedenken der EU-Kommission waren von Anfang an groß und konnten offensichtlich nicht ausgeräumt werden. Das Diskriminierungsverbot ist ein hohes Gut. Ich war, wie die meisten in der CDU sehr kritisch gegenüber dem Vorhaben der CSU, eine Maut in Deutschland einzuführen. Wir mussten dann im Rahmen eines Kompromisses im Koalitionsvertrag zustimmen. Dort steht aber, dass die Maut europarechtskonform sein muss und dass sie auch keinen deutschen Autofahrer mehr belasten darf. Ich bin sehr froh, dass Minister Dobrindt die Maut ausgesetzt hat.

Sehen Sie Auswirkungen für Südwestfalen?

In der Tat. Ich glaube, dass die Maut für unsere Region nachteilig ist, weil z.B. Touristen aus den Niederlanden abgeschreckt werden könnten. Nicht allein durch die finanzielle Belastung, aber weil sie einfach das Gefühl haben, sie sind nicht mehr so

willkommen. Deswegen wäre ich nicht böse, wenn die Sache am Ende doch nicht kommen würde.

Lassen Sie uns zum Thema Ukraine kommen...

... Darauf werde ich momentan immer wieder angesprochen. Die Ukraine liegt schließlich in unserer direkten östlichen Nachbarschaft. Wichtig ist, dass die EU mit einer Stimme spricht. Die Mitgliedstaaten müssen in ihrer Antwort auf die Aggression Russlands gegenüber der Ukraine zusammen halten.

Wie kann Hilfe aussehen?

Die finanzielle Sofort-Hilfe der EU an die Ukraine, die wir im Europäischen Parlament beschlossen haben, muss Hand in Hand mit der Unterstützung zur Umsetzung von Reformen im Land gehen. Wir können aber Putin nicht den Gefallen tun, die Ukraine bankrottgehen zu lassen. Das würde Russland nur in die Karten spielen und zu einer weiteren Destabilisierung der Region führen. Im Mittelpunkt unserer gemeinsamen europäischen Bemühungen steht daher zu allererst eine souveräne und territorial unversehrte Ukraine, die über ihre Zukunft – nicht mehr und nicht weniger – selbst entscheiden kann.



Vitali Klitschko, Bürgermeister von Kiew, im Gespräch mit Peter Liese.

Stellt sich die Frage nach einer EU- und/oder NATO-Mitgliedschaft der Ukraine?

In meinen Augen sollte es nicht darum gehen, der Ukraine eine EU-Mitgliedschaft in Aussicht zu stellen. Das Assoziierungsabkommen bietet aber eine Grundlage zur Partnerschaft. Zum NATO-Beitritt sei der Hinweis erlaubt, dass sich Bundeskanzlerin Merkel schon vor 7 Jahren dagegen ausgesprochen hat. Diese Position teile ich nachdrücklich. Eine Lösung kann nur im Dialog mit Russland gefunden werden.

Auch das Thema Flüchtlingsproblematik beschäftigt uns weiterhin alle. Immer wieder gibt es Meldungen von gekenterten Booten im Mittelmeer.

Wir müssen zwischen zwei Dingen unterscheiden. An erster Stelle steht die humanitäre Katastrophe, die viele Flüchtlinge bei der gefährlichen Überfahrt mit kriminellen Schleppern erleiden müssen und die sie zu häufig nicht überleben. Gerade erst im letzten November appellierte Papst Franziskus bei seinem Besuch im Europäischen Parlament an alle Europäer für „Frieden, Respekt der Menschenwürde, Solidarität und den Kampf gegen weltweite Armut“ einzustehen. Dieser Meinung möchte ich mich voll und ganz anschließen. Menschen, die ihr Heimatland aufgrund politischer Verfolgung, Bürgerkriegen oder einer anderen Gefahr für ihre körperliche Unversehrtheit verlassen müssen, darf Hilfe nicht verweigert werden. Ich begrüße deshalb die Einigung der EU Staats- und Regierungschefs, die europäischen Zusammenhalt demonstriert haben. So beschlossen sie vor allem eine Verdreifachung der Mittel für die Seenotrettung im Rahmen der Mission „Triton“, aber auch eine Verschärfung des Kampfes gegen kriminelle Schlepper. Auf der anderen Seite stellt sich die Frage des Umgangs mit Asylbewerbern innerhalb der EU. Diese benötigen eine menschenwürdige Unterbringung sowie einen funktionierenden, fairen Asylprozess.

Für die Unterbringung sind in Deutschland die Kommunen zuständig...

Ich kenne die Sorgen der Kommunen und Bürger in Südwestfalen. Bereits zu Beginn der Neunzigerjahre habe ich mich selbst als Mitglied des Gemeinderates meiner Heimatgemeinde Bestwig mit der Unterbringung von Flüchtlingen im Zuge des Balkankonfliktes beschäftigt. Die Bearbeitung einer zunehmenden Anzahl an Asylanträgen sowie die Organisation einer adäquaten, menschenwürdigen Unterbringung für Flüchtlinge stellt für Städte und Gemeinden in ganz Europa eine große Herausforderung dar. Umso größer ist mein Respekt für diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die sich ehrenamtlich und mit großem Einsatz für Flüchtlinge und Asylbewerber auch in Südwestfalen engagieren. Sie brauchen unsere Unterstützung.



Hier ist die Politik auf allen Ebenen gefragt.

Wie kann eine Lösung aussehen?

Für das Verfahren mit ankommenden Flüchtlingen galt bisher das sogenannte 2. Asylpaket, in dem auch festgelegt war, dass die Verantwortung für die Bearbeitung des Asylantrags beim Ersteintrittsland liegt. Vor allem die südeuropäischen Staaten kritisieren diesen Ansatz, da die überwiegende Anzahl der Flüchtlinge Europa über das Mittelmeer erreicht. Bei der Aufnahme von Flüchtlingen sollte jedes Land nach seinen Fähigkeiten helfen. Dabei zählt neben der Wirtschaftskraft auch der bisherige Einsatz bei der Aufnahme von Flüchtlingen. In einigen EU-Ländern gibt es bei der Solidarität noch Luft nach oben. In humanitären Fragen kann sich niemand raus halten. Der Grundsatz, dass erst einmal das Land der Erstaufnahme zuständig ist, bleibt richtig. Ab einer bestimmten Größe des Zustroms aber sollte künftig ein Solidaritätsmechanismus in Form einer Quotenverteilung greifen. Dabei müssen alle EU-Länder mitmachen. Außerdem halte ich es für richtig, dass wir die kriminellen Schlepperbanden, die mit dem Leid der Menschen Millionen verdienen, stärker bekämpfen.



Bekämpfen wir die Symptome anstatt die Ursachen?

Natürlich. Aber im ersten Schritt müssen wir genau das tun, um so viel Leid wie möglich zu verhindern. Aus globaler Perspektive stellen die Asylsuchenden in der Europäischen Union nur einen Teil aller auf der Flucht lebenden Menschen dar. Noch wichtiger ist meiner Meinung nach daher, neben einer ausreichenden Hilfe für die Asylsuchenden in allen Ländern der Europäischen Union auf Entwicklungshilfe und die Verbesserung der Lebensbedingungen in den Herkunftsländern zu setzen, um die Ursachen von Flucht zu bekämpfen.

EU-Mittel für Schulobstprogramm

Im Schuljahr 2015/2016 28 Mio. Euro nach Deutschland

Im Rahmen des EU-Schulobst- und -Gemüseprogramms werden auch im Schuljahr 2015/2016 Mittel von der EU bereitgestellt, um den sinkenden Konsum von Obst und Gemüse bei Kindern zu bekämpfen. In Deutschland sind für die Durchführung die Bundesländer zuständig, die die restlichen 25% der zu 75% von der EU geförderten Kosten tragen. Gefördert wird seit 2009 die Verteilung von Trinkmilch sowie frischem Obst und Gemüse in Einrichtungen der Vorschulbildung sowie Grund- und weiterführenden Schulen. Als Mediziner unterstützt Peter Liese das Programm ausdrücklich: „Von einer ausgewogenen Ernährung profitieren wir ein Leben lang. Daher ist es besonders wichtig, das Bewusstsein dafür schon möglichst frühzeitig zu schaffen. Die Schule nimmt dabei neben der Familie eine zentrale Rolle ein.“

In NRW wurden durch das Programm im Schuljahr 2014/2015 mehr als 186.000 Schüler erreicht. Insgesamt 87 Schulen aus Südwestfalen nahmen dabei an dem Projekt teil.



Neues europaweites Portal für Lehrkräfte gestartet

Peter Liese: Europäischen Gedanken bereits in der Schule fördern

Das neue „School Education Gateway“ richtet sich an Lehrkräfte, Schulen und weitere Akteure in der schulischen Bildung und bietet Infos über europäische Bildungspolitik, Bildungsprojekte, Veranstaltungen, Veröffentlichungen und Praxisbeispiele.

Die Plattform soll den Zugang zum Erasmus+-Programm der EU vor allem für Schulen und Lehrer erleichtern. Dazu bietet es drei sogenannte „Werkzeuge“ an: Zum einen findet sich in dem Netzwerk ein Kurskatalog für Lehrerfortbildungen. Zum anderen gibt es eine Suchoption für Mobilitätschancen einschließlich Lehraufträgen und sogenannte Job-Shadowing-Angeboten. Dies ist für Lehrerinnen und Lehrer sinnvoll, die an einer pädagogischen Aufgabe im Ausland interessiert sind. Das dritte Werkzeug, welches vor allem für Schulen und Bildungsorganisationen spannend ist, unterstützt beim Aufbau strategischer Partnerschaften im Schulbereich. Dort haben auch Schulen und Bildungseinrichtungen in Südwestfalen die Möglichkeit, nach Partnern für strategische Partnerschaften, wie beispielsweise Kooperationen für europaweite Fortbildungsprogramme, zu suchen.

Weitere Informationen gibt es unter: www.schooleducationgateway.eu



Obere Ruhrtalbahn: CDU macht Druck auf allen Ebenen

Durchbruch bei Ruhr-Sieg-Strecke

In der Diskussion um die Tunnelanierungen auf der Oberen Ruhrtalbahn macht die heimische CDU Druck. „Seit Bekanntwerden der Pläne der Bahn, drei Tunnel auf der Oberen Ruhrtalbahn nur noch eingleisig sanieren zu wollen, hat sich die gesamte Region für den zweigleisigen Erhalt der Strecke eingesetzt - darunter die betroffenen Landkreise, die Anliegerkommunen, die Zweckverbände des ÖPNV sowie die IHK Arnsberg-Hellweg-Sauerland. Der Zweckverband NWL hat darüber hinaus sogar angeboten, sich mit eigenen Mitteln an den Mehrkosten der zweigleisigen Sanierung der beiden westlichen Tunnel zu beteiligen. Das zeigt, wie sehr die Region hinter dem zweigleisigen Erhalt der Strecke steht“, so Peter Liese. Bei einer eingleisigen Sanierung kann es eng auf der Strecke werden. „Als jemand, der hier jede Woche unterwegs ist, weiß ich, dass es schon bei leichten Verspätungen zu erheblichen Problemen kommen kann. Es ist unser Ziel im Sauerland, in Deutschland und in Europa mehr Personen und Güter auf die Bahn zu bringen, dann muss die Bahn aber auch mitspielen,“ so Liese. Während der Bund die Mittel für den Schienenverkehr insgesamt deutlich er-

höht hat, hat die rot-grüne Landesregierung im vergangenen Jahr die Chance verpasst, NRW so zu positionieren, dass das Bundesland endlich einen der Einwohnerzahl entsprechenden Anteil an den Mitteln erhält. Landesverkehrsminister Groschek hatte im vergangenen Jahr zugestimmt, dass NRW erst ab 2030 rund 19% der Regionalisierungsmittel erhält. Gemessen an der Bevölkerungsgröße müsste NRW eigentlich 21% der Mittel bekommen, derzeit sind es weniger als 16%. „Ich erwarte, dass die rot-grüne Landesregierung die Mittel nun auch in Südwestfalen ankommen lässt, statt sie nur in den Ballungsgebieten zu verbauen,“ so Liese, der in der Sache mehrfach mit Bahnchef Rüdiger Grube gesprochen hat.

Peter Liese begrüßte die Pläne der Bahn zum Ausbau der Ruhr-Sieg-Strecke zwischen Hagen und Siegen und die Errichtung von IC-Bahnhöfen in Siegen und Iserlohn. Der Ausbau soll die Strecke im Personenverkehr für höhere Geschwindigkeiten tauglich machen und im Güterverkehr als Entlastung in Nord-Süd-Richtung nutzen zu können. Dies wird insbesondere von der heimischen Industrie gefordert, um mehr Güterverkehr auf

die Schiene zubekommen und damit eine Entlastung für den Straßenverkehr zu erhalten.

„Auch die Ausbaupläne der Ruhr-Sieg-Strecke bedeutet aber, dass die Obere Ruhrtalbahn mehr Verkehr bekommt und auch das spricht für eine zweigleisige Sanierung“ so Liese.



Peter Liese, hier im Gespräch mit Bahchef Rüdiger Grube, setzt sich für den zweigleisigen Ausbau der Oberen Ruhrtalbahn ein.

Jedes Jahr aufs Neue - Anwohner belästigt durch Motorradlärm

Gesetze müssen eingehalten und - wenn nötig - verschärft werden

Lärm kann gesundheitliche Probleme verursachen und das Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen erhöhen. Darüber hinaus ist Verkehrslärm einfach lästig. Häufig geht Lärmbelästigung mit unangemessener Fahrweise einher. Gesetze gibt es, diese müssen aber realitätsnah durchgesetzt werden.

Die Marktzulassung für Motorräder erfolgt EU-weit. Daher muss hier angesetzt



Hartmut 210 / pixelio.de

werden. Das bisherige Lärm-Messverfahren bildete aber z. B. nur einen schmalen Korridor zwischen 50 und 80km/h ab - das ist fern der Realität.

Ein erster Schritt zur realistischeren Messung erfolgt zum 01.01.2016. Dann wird die sogenannte Testzykluserkennung verboten, der Messbereich wird ausgedehnt (ab 20km/h), alle Betriebsarten müssen den Grenzwert erfüllen, entfernbare Schalldämpfereinsätze (dB-Eater bzw. dB-Killer) werden verboten.

Geräuschwerte müssen am Motorrad gekennzeichnet werden und im Verkehr überprüfbar sein, um auch die Arbeit der Behörden zu erleichtern. Ab 2017 gelten dann noch etwas strengere Grenzwerte nach EU-Emissionsstufe Euro 4. Die meisten Krafträder müssen dann 2 bis 3dB

leiser sein. In Zukunft, ab 2020, sollen die Grenzwerte noch weiter herabgesetzt werden.

Peter Liese:

„Niemand will den Motorradfahrern ihren Spaß verbieten. Aber der Spaß hört da auf, wo er die Freiheit und auch die Gesundheit Unbeteiligter gefährdet. Ich werde mich in Absprache mit den Kommunen dafür einsetzen, dass ein bestmöglicher Schutz in der Euro 5-Norm verankert wird. Dazu habe ich mich an die EU-Kommission gewandt“



Kurz Notiert:

Die Biosprit-Reform der EU kommt

Bei dem Kompromiss zwischen Europäischem Parlament und Mitgliedstaaten war es besonders wichtig, dass Unternehmen mit langjährigen Investitionen in Biosprit-Anlagen langfristig Planungssicherheit haben. Insgesamt setzt die Reform einen klaren Fokus auf die Biokraftstoffe der neueren Generation, die zum Beispiel aus Algen gewonnen werden.

Gute Nachrichten für Verbraucher

Gleich zwei gute Nachrichten für die europäischen Verbraucher: Das EU-Parlament hat einheitliche, EU-weite Vorschriften zur Deckelung von Kreditkartengebühren verabschiedet. Die neue Regelung bedeutet eine finanzielle Entlastung für die Verbraucherinnen und Verbraucher in ganz Europa. Ein weiterer Sieg für den Verbraucherschutz ist die Grundsatzentscheidung des EuGH. Flugpreise müssen nun schon ab der Flugsuche ganz transparent inklusive aller Steuern und Gebühren ausgeschrieben werden. So wird den Kunden ein Preisvergleich entscheidend erleichtert.

Europäisches Parlament setzt Sonderausschuss für Steuergerechtigkeit ein

Der Sonderausschuss untersucht momentan, wie künftig verhindert werden kann, dass Großunternehmen wie Google und Starbucks in der EU nur sehr geringe

Steuern zahlen, während Mittelstand und Arbeitnehmer die Hauptlast tragen. Eine Verbesserung der Steuergerechtigkeit würde Süwestfalen besonders helfen, da es hier praktisch keine multinationalen Konzerne, sondern hauptsächlich mittelständische Unternehmen gibt.

Rechtsstreite im EU-Ausland künftig leichter beilegen

Die Neufassung der so genannten Brüssel-I-Verordnung regelt die gerichtliche Zuständigkeit sowie die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen. Damit werden bürokratische Hindernisse abgebaut. Weitere Informationen finden Sie unter http://ec.europa.eu/justice/civil/commercial/index_de.htm.

Klares Signal an türkische Regierung - Fortschrittsbericht zur Türkei verabschiedet

Das EU-Parlament hat in seinem Fortschrittsbericht 2014 zur Türkei die Öffnung weiterer Beitrittskapitel in der momentanen Situation abgelehnt. „Da die Türkei nach wie vor in keinem einzigen Punkt die Vorbetriftskriterien erfüllt und dazu noch Eingriffe in die Grundfreiheiten vornimmt, ist dies mehr als angebracht. Wir haben die Regierung in Ankara dazu aufgefordert, mehr Einsatz im Kampf gegen Korruption zu zeigen, die Pressefreiheit zu achten und die gerichtliche Unabhängigkeit zu stärken. Diese fundamentalen Freiheiten gehören zu einem

demokratischen Land, dass die Türkei ja sein will. Da passt es nicht, wenn z.B. Facebook oder Twitter lahmgelegt und Journalisten eingesperrt werden. Unter anderem wegen dieser Defizite lehne ich einen EU-Beitritt der Türkei ab,“ so Peter Liese.

Großbritannien will „Drei-Eltern-Babys“ zulassen - Verstoß gegen EU-Recht, ethisch inakzeptabel

In Großbritannien wurde eine Befruchtungsmethode zugelassen, bei der Kinder mit drei Eltern entstehen. Die Technik sieht einen Eingriff in die menschliche Keimbahn vor. „Damit reißt Großbritannien eine der letzten Grenzen ein. Ob die Technik zum gewünschten Erfolg führt und welche neuen Probleme entstehen, ist völlig unklar“, so Peter Liese. In Deutschland sind sogar Versuche mit dieser Form der künstlichen Befruchtung verboten. Nach Lieses Auffassung liegt zudem ein Verstoß gegen die EU-Richtlinie zu klinischen Prüfungen vor. Heilversuche unter wissenschaftlicher Begleitung sind nicht zulässig, wenn sie in die menschliche Keimbahn eingreifen. Großbritannien behauptet, es sei keine klinische Prüfung erforderlich. Bei der zugelassenen Technologie entsteht durch Spindeltransfer, bei dem Erbgut der Mutter in den Zellkern der Eizelle der Spenderin eingesetzt wird, eine Eizelle, die hauptsächlich Erbgut der Mutter enthält, jedoch auch sogenannte mitochondriale DNA der Spenderin. Diese Eizelle wird anschließend künstlich befruchtet und in die Gebärmutter eingesetzt.

In jeder Ausgabe möchten wir Ihnen ein Gericht aus einem Land der EU vorstellen.

„Dublin Coddle“

ZUTATEN für 4 Personen:

- 8 Scheiben Bacon
- 8 Bratwürste
- 1 1/4 l Wasser
- 4 grosse Zwiebeln
- 1 kg Kartoffeln
- Salz
- Pfeffer
- Petersilie; gehackt

Den Bacon und die Würste in eine Pfanne legen und mit Wasser bedecken. Zum Kochen bringen und 5 min. kochen lassen. Anschließend werden der Bacon und die Würstchen in eine feuerfeste Form gelegt.

Im folgenden Schritt werden Zwiebeln und Kartoffeln in Scheiben geschnitten und mit Gewürzen und gehackter Petersilie aufgeschichtet, sodass der Auflauf mit einer Schicht Kartoffeln abschließt. Der Coddle wird mit der Kochflüssigkeit knapp bedeckt und mit Deckel im vorgeheizten Ofen bei 160°C für ca 90 Minuten gebacken.

Nach der Hälfte der Zeit den Deckel ab-

nehmen, damit die Oberfläche knusprigbraun wird.

Serviert wird der Dublin-Coddle stilecht mit einem Pint Guinness und Weißbrot.





Bäckerhandwerk und Kolping ehren Einsatz

Zwei bedeutende Auszeichnungen für Peter Liese: Zum einen wurde dem Bäckersohn die Ehrennadel des deutschen Bäckerhandwerks verliehen. Diese wird an Persönlichkeiten vergeben, die sich in besonderer Weise um das deutsche Bäckerhandwerk verdient gemacht haben.

Peter Becker, Präsident des Deutschen Bäckerhandwerks e.V.:

„Peter Liese setzt sich seit Jahren erfolgreich für die Anliegen des kleinen- und mittelständischen Lebensmittelhandwerks in Europa ein und ist immer offen für unsere Belange“



Peter Liese und seine Kollegin Renate Sommer freuen sich über die Aszeichnung des Bäckerhandwerks

Liese versprach, sich in Brüssel und Straßburg auch weiterhin für eine mittelstandsgerechte Politik stark zu machen: „Kleine und Mittelständische müssen besonders vor unnötiger Bürokratie geschützt werden. Dies gilt auch für übertriebene Regulierungen und Kennzeichnungspflichten im Lebensmittelhandwerk“.

Liese, seit 1982 Mitglied der Kolpingsfamilie Ostwig, erhielt außerdem die Konrad-Martin-Medaille des Kolpingwerks im Erzbistum Paderborn, das besonders sei-

nen Einsatz für den Lebensschutz, für das Kindeswohl, die Eine Welt und den Sonntagsschutz hervorhob. Mit der Medaille werden Persönlichkeiten geehrt, die dem Kolpingwerk Diözesanverband Paderborn in besonderer Weise verbunden sind bzw. die sich durch ihr besonderes Wirken im kirchlichen, gesellschaftlichen oder politischen Bereich verdient gemacht haben. Benannt ist die Auszeichnung nach dem früheren Paderborner Bischof und einstigen Religionslehrer Adolph Kolpings, verdient gemacht haben.



Peter Liese, hier mit dem Diözesanvorsitzenden Stephan Stickeler und dessen Tochter Marie, wurde mit der Konrad-Martin-Medaille des Kolpingwerks für seinen Einsatz im Bereich Lebensschutz und Kindeswohl ausgezeichnet.

Gewinnspiel!

SUDOKU

4		9						3
				2		7		
	2	1			9			5
2				9			1	
		3				8		2
5				8				
	3	2	6					7
	4				7		5	
	1	8						9

Ziel des Rätsels ist es, die leeren Felder so zu vervollständigen, dass in jeder Zeile, in jeder Spalte und in jedem Block die Ziffern 1-9 nur einmal vorkommen. Es gibt nur eine eindeutige Lösung!

Die Lösung lautet:



Bitte senden Sie die Lösung bis zum **20. November 2015** unter Angabe Ihres Namens und Ihrer Anschrift an das:

CDU-Europabüro Südwestfalen
Le-Puy-Str. 17, 59872 Meschede
Tel. 0291 9959 13, Fax 0291 9959 27
E-Mail: info@peter-liese.de
www.peter-liese.de

Mitmachen lohnt sich:



Unter den richtigen Einsendungen verlost Peter Liese fünf Notizbücher inklusive Stift und eine EVP-Armbanduhr.

Viel Glück!



Impressum: CDU-Europabüro Südwestfalen, Le-Puy-Str. 17, 59872 Meschede, Tel. 0291 9959 13, Fax 0291 9959 27, E-Mail: info@peter-liese.de, www.peter-liese.de / Fotos: Peter Liese, pixelio.de, Fotolia.de